

GLOBALER KAPITALISMUS

INHALT

- 1 EINLEITUNG
- 1.1 Globalisierungsdebatte: "Verdichtung" oder "Entgrenzung" der Staatenwelt
- 2 INTERNATIONALE RAHMENBEDINGUNGEN
- 2.1 Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik: die "Neoliberale Konterrevolution"
- 2.2 Die Entwicklung der internationalen Organisationen
 - 2.2.1 Der Zusammenbruch des Bretton Woods System
 - 2.2.2 Vom GATT zur WTO
- 3 REGIONALISMUS UND GLOBALISIERUNG
- 3.1 Die Entwicklung regionaler Bündnisse und Integrationsräume
- 3.2 Der europäische Regionalismus: Die europäische Union
- 4 INTENSIVIERUNG DER INTERNATIONALEN ARBEITSTEILUNG
- 4.1 Internationale Direktinvestitionen als Motor der Globalisierung
- 4.2 Die transnationalen Unternehmen
- 5 GLOBALISIERUNGSTRENDS: DATEN UND FAKTEN
- 5.1 Die Globalisierung der Finanzmärkte
 - 5.1.1 Dynamische Zunahme der internationalen Kapital- und Devisenströme
 - 5.1.2 Finanzinnovationen und globales Finanzsystem
 - 5.1.3 Institutionelle Anleger als globale Akteure
- 5.2 Waren- und Dienstleistungsmärkte
 - 5.2.1 Entwicklung und Struktur der Waren- und Dienstleistungsmärkte
 - 5.2.2 Triadisierung, Regionalisierung und interregionaler Handel

1 EINLEITUNG

Globaler Kapitalismus steht für neue Tendenzen und strukturelle Veränderungen im Weltwirtschaftssystem ab den späten 1970er Jahren. Der Begriff definiert sich in Abgrenzung zur Periode des "fordistischen Kapitalismus". Die fordistische Konzeption basierte auf keynesianischer, nationalstaatlicher Regulation und setzte im Sinne des Wohlfahrtsstaatsgedankens auf Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen. Signifikant für die Herausbildung des sogenannten globalen Kapitalismus ist die fortschreitende internationale Verflechtung der Staatenwelt. Als Träger und Motor der zunehmenden ökonomischen Verflechtung und Integration der Weltwirtschaft gelten die transnationalen Unternehmen, die im Wege von Direktinvestitionen und Fusionen die internationale Arbeitsteilung vertiefen, d.h. Wertschöpfungsketten grenzüberschreitend organisieren. Besonders vernetzt sind die internationalen Finanzmärkte (Aktien-, Renten- sowie Geld- und Devisenmärkte), deren Geschäfte sich seit der Aufhebung der fixen Wechselkurse (Zusammenbruch des Bretton Woods Systems 1973) explosionsartig entwickelt haben. Als Ausgangspunkt und wirtschaftspolitische Rahmenbedingung der zunehmenden Verflechtung von Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten ab Mitte der 1970er Jahre ist die wachsende Dominanz des neoliberalen Angebotsparadigmas zu sehen. Schlagworte, wie schlanker Staat, Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung wurden zu gängigen wirtschaftspolitischen Programmpunkten in allen westlichen Industriestaaten und den internationalen Institutionen (GATT/WTO, Weltwährungsfonds, Weltbank). Die technischen Rahmenbedingungen für die weltweite Vernetzung wurden durch die rasanten Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie geschaffen. Hierdurch konnten Transaktionszeiten wie auch Transaktionskosten dramatisch reduziert werden.

Die fortschreitende internationale Verflechtung und Vernetzung der Staatenwelt hatte nicht nur die

Strukturen im Weltwirtschaftssystem geändert, sondern auch die Handlungsspielräume von nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik eingeschränkt, das Beziehungsgeflecht von Staat und Markt strukturell zu Ungunsten des Staates verändert. Der fordistische Regulationsstaat geriet unter den oben angedeuteten Strukturveränderungen in die Position der Schwäche. Der propagierte "schlanke Staat", der den Staatshaushalt zu konsolidieren und Teile vormals öffentlicher Dienste zu privatisieren hatte, geriet in eine Wettbewerbssituation. Er geriet in die Rolle des Anbieters optimaler Standortvoraussetzungen für supranationale Investoren. Die Staatsrolle verschob sich zunehmend vom Regulierer ökonomischer Prozesse zum Anbieter optimierter Rahmenbedingungen.

1.1 Globalisierungsdebatte: "Verdichtung" oder "Entgrenzung" der Staatenwelt

Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre nahm der Gebrauch des Wortes "global" und der von ihm abgeleiteten Termini exponentiell zu. Seit der amerikanische Medientheoretiker **Marshall McLuhan** vom "globalen Dorf" sprach (1962), ist der Begriff durch die Anfügung von Suffixen wie "-ismus", "-ität" und "isierung" zunehmend erweitert worden. Unter dem Begriff "Globalisierung" wurden die sich verzweigenden Bedeutungen des Wortes "global" und seine Ableitungen zusammengefasst. Trotz einer geradezu grenzenlosen Literatur über das Phänomen der Globalisierung wurde bisher keine konsensfähige Definition des Begriffs entwickelt. Dementsprechend gibt es weder über das Phänomen als solches, noch über seine Ursachen und Folgen, einvernehmliche wissenschaftliche Positionen. In der internationalen Globalisierungsdebatte ist die Thematik, inwieweit das oft zitierte Phänomen der Globalisierung einem Paradigmenwechsel gleichkommt, der zu fundamental neuen Strukturen in der Weltwirtschaft und der internationalen Politik geführt hat, eine viel diskutierte Grundsatzfrage. Die Einschätzung über die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf das Wechselverhältnis von "Staat" und "Markt" ist der Scheidepunkt, der die Globalisierungstheorie in zwei Lager spaltet: "Verdichtung" oder "Entgrenzung" der Staatenwelt markieren die analytischen Eckpfeiler der polarisierenden Positionen.

Die radikalste Position in der Globalisierungsdebatte wird von den Vertretern der **Transzendierungsthese** eingenommen. Sie postulieren eine völlige Neugestaltung der politischen und sozialen Beziehungen jenseits jeder staatlichen Ordnung. Ausgangspunkt für diese These ist die Interpretation der Weltwirtschaft als ein tendenziell global strukturierter freier unkontrollierbarer Markt, der ungezügelt alle alten sozialen und politischen Strukturen hinweg spült. Der entfesselte globale Kapitalismus macht eine politische Steuerung, das heißt eine allgemein verbindliche Umverteilung ökonomischer Ressourcen und Güter innerhalb nationalstaatlicher Grenzen unmöglich. Die Ökonomie steuert die Politik. **Kenichi Ohmae** hat diese Auffassung am prägnantesten vertreten. Für ihn wandelt sich die Welt von einem internationalen Staatensystem zu einem System, das aus Marktplätzen besteht. Es wird von den Marktteilnehmern, Anbietern und Nachfragern und deren Interessen an einer Gewinn- und Nutzenmaximierung gesteuert. Aus dem Primat der Ökonomie wird das Diktat der Marktgesetze, dem alle folgen und dem man sich unterordnet. So werden die Staatsbürger letztlich zu bloßen Konsumenten. Das "Zoon Politikon" wird zum "Homo Oeconomicus". Im heraufziehenden Zeitalter ist nicht mehr die Herrschaft über ein Territorium wichtig, sondern der Zugang zu einem Netz. Jeder Mensch knüpft Verbindungen zu anderen und entscheidend ist, wie viele Knotenpunkte er besetzen kann, wie viele Verbindungen er herstellt. Damit löst sich die räumliche Solidarität der Territorialgemeinschaft auf. Sie wird ersetzt durch befristete Interessensgemeinschaften. Eine internationale Politik, die auf der Konstruktion von Nationalstaat, regionalen Strukturen und internationaler Ordnung beruht, ist aus dieser Perspektive sinnlos. Statt dessen beginnt die Zeit der offenen Systeme, der Netzwerke.

Die Vertreter der **Denationalisierungsthese** gehen bei ihren Überlegungen ebenfalls vom Szenario einer entfesselten und unkontrollierbaren Weltwirtschaft aus. Das staatliche Ordnungsprinzip bleibt jedoch der gedankliche Fixpunkt, an dem sich ihre Überlegungen entwickeln. Vor allem die Vertreter der neoliberalen Schule der Internationalen Politik haben Globalisierung als einen Prozess der Entgrenzung und Denationalisierung interpretiert. Sie konstruieren eine Kausalkette, die den technologischen Wandel und ökonomische Liberalisierungsprozesse als Ursachen für sozialen und politischen Wandel in den westlich orientierten Wohlfahrtsstaaten identifizieren. Die durch den technologischen Fortschritt bewirkte Globalisierung der Weltwirtschaft führt durch die damit verbundene Entgrenzung der ökonomischen Aktivitäten zu einer Reduzierung der einzelstaatlichen

Problemlösungskapazität. Die fortschreitende Bedeutungslosigkeit territorialer Grenzen beschleunigt die Entwicklung von neuen politischen Räumen und zwingt die Staaten sich an den Wandel der Bedingungen anzupassen. Die Variationsbreite der Denationalisierungsthese ist groß. Die Globalisierung wirke sich beschränkend, verändernd oder bedeutungsmindernd auf die Territorialität, die Souveränität, die Autonomie und die Demokratie der Nationalstaaten aus. Sie führe daher von einem Staatensystem hin zu einer weltumspannenden "entgrenzten Gesellschaftswelt". Im Mittelpunkt der Entgrenzungsthese stehen zwei wichtige ökonomische Wandlungsprozesse: [1] die Auflösung der starren und räumlich gebundenen Arbeitsteilung bei der industriellen Produktion, die es erlaubt, die komparativen Kostenvorteile durch eine globale Arbeitsteilung auszunutzen. [2] Der relative Bedeutungsverlust der industriellen Massenproduktion für die wirtschaftliche Wertschöpfung im Vergleich zum Handel und Dienstleistungssektor, vor allem der wissensintensiven Dienstleistungen.

Auch Robert Reich, ehemaliger amerikanischer Arbeitsminister und einer der prominentesten Vertreter dieser Richtung, verweist auf die zentrale Rolle der wissensintensiven Dienstleistungen und deren Internationalisierung für den Entgrenzungsprozess im internationalen Staatengefüge. Dienstleistungen sind auf Grund der Entwicklung der modernen Kommunikationstechnologien nicht mehr lokal gebunden, sie können an verschiedenen Orten produziert, gehandelt und konsumiert werden. Die wissensintensiven Dienstleistungen gewinnen für die wirtschaftliche Wertschöpfung stetig an Bedeutung. Die Verlagerung vom Produktionssektor auf den Dienstleistungssektor in den führenden Industrieländern hat dort zur Ausprägung von Dienstleistungsgesellschaften geführt, in denen ein stetig steigender Anteil des Bruttosozialprodukts im Dienstleistungssektor erwirtschaftet wird. Gerade das Arbeitsfeld der wissensintensiven Dienstleister (der sogenannten "Symbolanalytiker") lässt eine spezialisierte Arbeitsteilung zu, die nicht an nationale Grenzen gebunden ist. Die Folge der Internationalisierung wissensintensiver Dienstleistungen ist die Auflösung der Wirtschaftsgemeinschaft nationaler Gesellschaften. Die Aufteilung in eine 20:80-Gesellschaft, in der nur 20% der Arbeitnehmer zu den eng in die Weltwirtschaft eingefügten "Symbolanalytikern" gehören, geht einher mit einer Einkommensverteilung, die das Fünftel der "Symbolanalytiker" immer weiter von den anderen vier Fünftel der Bevölkerung trennt. Die Symbolanalytiker werden immer stärker in die globale Arbeitsteilung eingespannt und von ihr vereinnahmt. Analog zu Thomas Jeffersons berühmten Diktum werden sie, ähnlich wie die Kaufleute, zu "vaterlandslosen Gesellen." Auf die Umkehrung des Abhängigkeitsverhältnis zwischen Ökonomie und Nationalstaaten verweist auch Reich. Wenn wirtschaftlicher Erfolg nur durch eine globale Vernetzung erreicht werden kann, dann verliert die Politik der Privilegierung des eigenen Territoriums gegenüber anderen Staaten ihre Grundlage. Das System der Weltwirtschaft hat einen Vernetzungsgrad erreicht, der es gegen politische Strategien einzelner Nationalstaaten relativ unempfindlich macht. Globale Akteure betrachten nationale Politik lediglich als Standortmerkmal, die sie bei ihren Investitionsentscheidungen berücksichtigen. Die Aufgabe des Staates reduziert sich auf die Bereitstellung optimaler Produktionsbedingungen. Im Mittelpunkt stehen die Menschen mit ihrer Arbeitskraft, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten. In Reichs Logik liegt es, dass der Staat dafür Sorge zu tragen hat, die Zahl der "symbolischen Dienstleister" zu erhöhen. Insofern wird der Nationalstaat nicht bedeutungslos, sondern er erhält eine zentrale Rolle im Bereich der Erziehung und Ausbildung seines "human capital". Die Fähigkeiten der Arbeitskräfte eines Landes, ihr Wissensstand und ihre Qualifikation in dem strategisch wichtigen Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen ist der nationale Wettbewerbsvorteil einer Nation in der entgrenzten Weltwirtschaft.

Die Vertreter der **Internationalisierungstheorie** sehen die Globalisierung lediglich als zunehmende Internationalisierung. Ihr Befund über das Phänomen Globalisierung ist nüchtern. Was als Globalisierung etikettiert wird, ist nicht mehr, aber auch nicht weniger, als der Prozess der Verdichtung internationaler Interdependenzen. Die grenzüberschreitenden Transaktionen nehmen zu und sie vollziehen sich in atemberaubendem Tempo. Sie erfordern daher auch von den Nationalstaaten rasche Anpassungen. Die Interdependenzen erhöhen die wechselseitige Verletzlichkeit und Verwundbarkeit der jeweiligen Staaten und Gesellschaften. So berühren sie natürlich auch die einzelstaatlichen Fähigkeiten, bestimmte Probleme unabhängig von anderen Staaten und internationalen Akteuren zu lösen. Dies ist aber nicht das oft zitierte Ende des Nationalstaates oder der Demokratie. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes inter-nationale Politik, Politik unter veränderten, das heißt verflochtenen Bedingungen. Unter der Prämisse steigender Interdependenzen kommt den Staaten eine wichtige Aufgabe als Koordinatoren weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu. Gefordert wird eine Ökonomisierung der internationalen Politik (Robert Gilpin). Gerade die Ökonomisierung der internationalen Beziehungen führt zu einer verstärkten regionalen und globalen Institutionalisierung in formellen und informellen Gremien, was die

wirtschaftliche Macht anonymer Marktprozesse eindämmen könnte. Die Staaten bleiben, ob als Vermittlungsinstanz oder Entscheidungsinstanz, die zentralen Akteure in den internationalen Beziehungen. Unter diesen Bedingungen gibt es eine wechselseitige Beeinflussung zwischen internationaler Politik und internationaler Wirtschaft. Die Darstellung der einseitigen Beeinflussung der internationalen Politik durch die internationale Wirtschaft, wie sie in den Diskussionen der Globalisierungsdebatten vorherrschend ist, wird so relativiert. Den einen "entgrenzten" Weltmarkt gibt es nicht, sondern lediglich einen multinationalen Markt, der in unterschiedlichen Graden geöffnet ist und der jederzeit durch nationalstaatliche wie internationale Maßnahmen für externe Marktteilnehmer geschlossen oder beschränkt werden kann. Die Grenzen und die nationale Herkunft sind nicht bedeutungslos, sondern nur leichter überwindbar. Dieser Prozess der Internationalisierung, nämlich die Öffnung der Märkte, ist ein bewusster Akt der Staaten gewesen. Dadurch verlieren die Staaten vielleicht die Fähigkeit, autonom zu handeln und ihre internen Probleme zu lösen. Ihre Innenpolitik wird internationalisiert und damit auch verkompliziert, aber damit ist noch lange kein Verlust an Souveränität verbunden.

2 INTERNATIONALE RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik: die "Neoliberale Konterrevolution"

Die Ölkrisen brachten die keynesianischen Grundsätze ins Wanken

Die beiden Ölkrisen von 1973 und 1979 hatten die Weltkonjunktur erschüttert. Alle Versuche der führenden Industrienationen, den konjunkturellen Einbrüchen nach den drastischen Ölpreiserhöhungen, der Ölpreis stieg um 500%, durch eine expansive Wirtschaftspolitik nachhaltig entgegen zu steuern, scheiterten. Auch der 1978 im Rahmen eines G-7 Gipfels durchgesetzte und vom IWF unterstützte "locomotive approach", der den führenden Industrienationen im Dienste der Weltkonjunktur eine expansive Wirtschaftspolitik nach keynesianischem Muster empfahl, führte vor allem zu einem Anstieg der Inflation. Stagflation wurde zum Schlagwort dieser Zeit: Stagnation des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitigem Anstieg der Preise. Vom Keynesianismus überzeugte Wirtschaftswissenschaftler waren bisher davon ausgegangen, dass Konjunktur und Preise sich in ähnlicher Weise entwickeln. Noch gravierender war das gleichzeitige Auftreten von Inflation und Arbeitslosigkeit. Dies hatte nicht nur die Grundannahmen der Phillips-Kurve falsifiziert, sondern auch das Vertrauen in die Machbarkeit staatlicher Konjunktursteuerung in seinen Grundfesten erschüttert.

"Monetaristische Konterrevolution" und die Durchsetzung der "neoliberalen" Wirtschaftspolitik: Die 1980er Jahre

Bereits 1973 hatten in den USA Harry G. Johnson und Karl Brunner die "monetaristische Konterrevolution" ausgerufen. An Stelle der keynesianischen Fiskalpolitik sollte die Geldpolitik als zentrales Instrument zur Korrektur von Ungleichgewichten treten. Von Chicago ausgehend, eroberten die "Neuen Ökonomen" auch die Renommieruniversitäten Harvard und Stanford. Weg mit dem Wohlfahrtsstaat, zurück zum Laissez faire hieß ihr Schlachtruf. Inflationsvermeidende Geldpolitik und "angebotstheoretische" Wirtschaftspolitik waren die neuen ökonomischen Richtlinien. Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ("new supply-side economics") sah die Hauptursache für die Wirtschaftskrise in einer zu hohen Steuerbelastung für die privaten Haushalte und Unternehmen. Als unwirksam beziehungsweise sogar kontraproduktiv bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die staatliche Nachfragepolitik gesehen. Staatliche Nachfragepolitik verdränge Investitionen privater Unternehmen, hemme das Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum und verstärke demnach die Arbeitslosigkeit. Den Umschwung im "mainstream" der Wirtschaftstheorie verdeutlicht die Verleihung des Nobelpreises für Ökonomie im Jahre 1976 an den prominentesten Vertreter des

Monetarismus, Milton Friedman, Professor in Chicago. Friedman schloss seine Rede bei der Verleihung des Nobelpreises: "Der radikale Wandel in der Wirtschaftstheorie ist nicht ein Ergebnis eines ideologischen Krieges. Verantwortlich ist fast ausschließlich die Macht der Ereignisse. Die Erfahrung zeitigte weit mehr Wirkung, als der mächtigste ideologische oder politische Wille es vermocht hätte."

In den 1980er Jahren wurde in allen führenden westlichen Industrienationen die durch Staatsinterventionismus und Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geprägte Politik durch eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verdrängt. Signalwirkung für diesen weltweiten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel hatte der Amtsantritt Ronald Reagans als Präsident der USA im Jänner 1981. Bereits 1979 war Margaret Thatcher mit ihrem neoliberalen Wirtschaftsprogramm der Wahlsieg gelungen. Hauptkriterien der neoliberalen Politik waren der Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsprozess, die steuerliche Entlastung der Wirtschaftsakteure durch Senkung der Einkommens- und Unternehmenssteuern sowie die schrittweise Privatisierung staatlicher Dienstleistungsunternehmen. Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Ziele standen die Bekämpfung der Inflation durch eine restriktive Geldpolitik, die Schaffung guter Investitionsbedingungen, Steigerung der Realeinkommen durch einen Anstieg der Investitionen und eine Verbesserung der Produktivität sowie Vollbeschäftigung durch Arbeits-, Investitions- und Produktionsanreize. Der Abbau von Handelsbarrieren und Kapitalverkehrskontrollen, sowie Reformen zur Unterstützung privater Firmen in den Industriestaaten und vielen Entwicklungsländern führten dazu, dass in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das internationale Handelsvolumen doppelt so schnell wuchs wie die weltweite Produktion. Michel Camdessus benannte diesen internationalen Politikwandel als die "stille Revolution" der achtziger Jahre. Der im folgenden beschriebene "Washington Consensus", der die Arbeit des IWF in den neunziger Jahren prägen sollte, basiert auf den Überzeugungen dieser "stillen Revolution" des Neoliberalismus.

"Washington Consensus": Die 1990er Jahre

Der Begriff "Washington Consensus" wurde vom Ökonom **John Williamson** im Jahre 1989 geprägt. Mit diesem Titel fasste er zusammen, was er als aktuellen Konsens zwischen Politik und Technokraten (dem Kongress der Vereinigten Staaten und den Fachleuten im IWF und Weltbank sowie den wichtigsten "Think Tanks") empfand. Zehn Politikempfehlungen bildeten seiner Meinung nach das konsensfähige Erfolgsrezept für die Reform von angeschlagenen Volkswirtschaften:

- * fiskalische Disziplin (ausgeglichenes Staatshaushaltsbudget)
- * Umlenkung der öffentlichen Ausgaben in jene Bereiche, die sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung versprechen
- * Niedrigere Steuersätze (Senkung der Unternehmens- und Einkommenssteuer)
- * Liberalisierung des Finanzmarktes
- * Schaffung eines stabilen Wechselkurses
- * Handelsliberalisierung
- * Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen (Beseitigung von Marktzutrittsschranken, Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Firmen)
- * Privatisierung von staatlichen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen
- * Deregulierung (Abbau von Marktbarrieren)
- * Gesicherte Eigentumsrechte

Williamsons Begriffsschöpfung entwickelte sich zu einem Schlagwort, das zehn Jahre den Diskurs über volkswirtschaftliche Reformen bestimmte. IWF und Weltbank trugen maßgeblich zum Erfolg des Washington Consensus bei, indem sie ihre Entscheidung über eine Kreditvergabe an hilfsbedürftige Staaten von den genannten Reformschritten abhängig machten. Die neunziger Jahre waren geprägt von Modewellen innerhalb der ökonomischen Theorie, die bald die eine, bald die andere Politikempfehlung verwarfen und wieder hervorholten. Die einfachen neoliberalen Regeln des Washington Consensus mussten sich in einer Welt bewähren, die von neuen Phänomenen und Vokabeln geprägt war: Schlagworte wie Turbokapitalismus, Kapitalflucht oder Globalisierung sind nur einige Beispiele dafür, wie Ökonomen, Politiker und Medien versucht haben, das internationale Finanzgefüge zu kennzeichnen und ihre Standpunkte zu kommunizieren. Politisch erlebte die Welt Anfang der neunziger Jahre den Zusammenbruch der Sowjetunion und den Beginn der politischen und wirtschaftlichen Transformation der ehemaligen sozialistischen Staaten. Die USA wurden zur

einzig verbliebenen Weltmacht und profitierten in den neunziger Jahren von einem fast ungebremsten wirtschaftlichen Wachstum. Gleichzeitig strebte Westeuropa nach einer stärkeren wirtschaftlichen und politischen Union und trug seinerseits dazu bei, den Charakter des weltwirtschaftlichen Systems zu verändern.

2.2 Die Entwicklung der internationalen Organisationen

2.2.1 Der Zusammenbruch des Bretton Woods System

Der Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse von Bretton Woods in den 1970er Jahren war Ausgangspunkt für die Neustrukturierung des Weltwirtschaftssystems und der Beginn der Ära globalisierter Finanzmärkte. Mit dem Abkommen von Bretton Woods entstand ein Gold-Dollar-Standard mit der Leitwährungsfunktion des US\$, womit die USA praktisch die Rolle des Weltbankiers übernahmen. Dies bedeutete, dass die USA die Leistung zu erbringen hatten, internationale Liquiditätslücken zu schließen. Durch ihre hegemoniale Stellung bestand jedoch auch die Möglichkeit, eine negative Zahlungsbilanz durch andere Länder finanzieren zu lassen und damit die Kosten ihrer machtpolitischen Ambitionen abzuwälzen.

Von der "Dollarlücke" zur "Dollarschwemme"

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte auf den internationalen Finanzmärkten zunächst ein akuter Mangel an US\$. Das zunehmende Wirtschaftswachstum in Europa und Japan, die weltweiten Investitionen amerikanischer Unternehmen, die US-amerikanischen Militärausgaben und die bilaterale Hilfe, die dem Marshall-Plan folgte, trugen dazu bei, dass diese Dollarknappheit ("Dollarlücke") abgebaut wurde. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges besaß die USA noch zwei Drittel der Weltgoldreserven, ihr Anteil reduzierte sich bis 1958 auf die Hälfte. Diese Umverteilung amerikanischer Reserven auf den Rest der Welt schuf die Grundlage für die Konvertibilität im Rahmen der Leistungsbilanz. Mit dem Erreichen der vollständigen Konvertibilität Ende 1958 entwickelte sich das Bretton Woods System zu einem Gold/Dollar Standard mit festen Wechselkursen. Der Dollar wurde zur einzigen Reservewährung, sodass das System in bezug auf seine Liquidität vom Dollar abhängig wurde. Die Folge war eine Asymmetrie im Währungssystem zu Gunsten der USA als Land der Reservewährung. Nur dasjenige Land, das die Reservewährung hält, ist in seiner Geldpolitik unabhängig. Die Architekten von Bretton Woods hatten dies verhindern wollen, indem sie den Dollar an den Goldstandard banden, um so die amerikanische Geldpolitik zu kontrollieren. Dennoch konnten die USA letztendlich unabhängig handeln, was zum Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse beigetragen hat.

Voraussetzung für die Stabilität eines Systems mit Leitwährung und festen Wechselkursen ist die Einigkeit aller beteiligten Staaten im Inflationsmanagement. Unterschiedliche wirtschaftspolitische Interessen zwischen den USA und den wirtschaftlich aufholenden Industrienationen führten bereits in den 1960er Jahren zu Krisenerscheinungen im Festwährungssystem. Zu Beginn von Bretton Woods hatten die USA noch eine stabile Geldpolitik verfolgt, sich bemüht die Inflation innerhalb der USA zu kontrollieren. Von 1964 an änderten die USA ihre Geldpolitik. Sie gingen auf Expansionskurs und tolerierten inflationäre Tendenzen, um Vietnamkrieg und nationale Sozialprogramme zu finanzieren.

* Es ist wichtig zu verstehen, wie sich ein System fester Wechselkurse auf die Geldpolitik der beteiligten Staaten auswirkt. Wenn die Reservewährung einem inflationären Druck ausgesetzt ist und die übrigen Staaten eine niedrige Inflation wünschen, dann geraten die Paritäten der Währungen unter Druck. Der von der US-Notenbank reichlich zur Verfügung gestellte Dollar produziert einen internationalen Angebotsüberschuss ("Dollarschwemme"). Eigentlich müsste der US\$ daraufhin abwerten. Die anderen Staaten sind aber verpflichtet, den festen Wechselkurs zu halten und müssen auf dem Devisenmarkt intervenieren, indem sie US\$ nachfragen. Für die aufgekauften Dollars können sie nur in eigener Währung bezahlen und erhöhen so unfreiwillig die

eigene Geldmenge, was letztlich einen Import der amerikanischen Inflation bedeutet.

In den 1960er und frühen 1970er Jahren finanzierten jene Länder, die ein schnelleres Wirtschaftswachstum und niedrigere Inflationsraten wie die USA hatten (das waren vor allem die BRD und Japan) durch ihre Deviseninterventionen im Rahmen des Festwährungssystems indirekt auch die explodierenden staatlichen Ausgaben der USA mit.

Die Schließung des "Gold Window" und der Beginn des Regimes flexibler Wechselkurse

Ein weiteres Problem für die Stabilität des Bretton Woods Systems war das fast permanente Zahlungsbilanzdefizit der USA in den 1960er und frühen 1970er Jahren. Dieses entstand durch hohe Kapitalabflüsse, die den Leistungsbilanzüberschuss übertrafen. Die steigende Inflation zusammen mit zunehmenden massiven Kapitalabflüssen durch private Investoren führte zu einem Abwertungsdruck auf den Dollar. Der zunehmende Vertrauensverlust führte bereits 1967 zu Spekulationen gegen die Reservewährung. Zur Aufrechterhaltung der Paritäten mussten Deutschland und Japan beständig auf ihren Devisenmärkten intervenieren. Im Frühjahr 1971 kam es zu einer massiven Kapitalflucht aus dem US\$ in die DM. Die Deutsche Bundesbank war gezwungen insgesamt 5 Milliarden US\$ einzukaufen, gab schließlich auf und ließ die DM frei floaten. Andere europäische Länder schlossen sich an. Nachdem die internationale Presse berichtet hatte, dass Großbritannien und Frankreich planten, US\$ gegen Gold einzutauschen, schlossen die USA unter Präsident Richard M. Nixon am 13. August 1971 das "Gold Window" (Goldfenster). Das heißt, dass damit die Verpflichtung der Federal Reserve Bank gegenüber anderen Nationalbanken, Gold gegen Dollar jederzeit umzutauschen, aufgehoben wurde. Im Dezember des selben Jahres hatte die USA noch einmal versucht, das Bretton Woods System zu retten ("Smithsonian Agreement"). Die grundlegenden Probleme des Währungssystems waren jedoch nicht gelöst. 1973 wiederholten sich die Probleme und Entwicklungen, die zur Schließung des "Gold Windows" geführt hatten. Im Februar 1973 schlossen Europa und Japan ihre Devisenmärkte und die USA verkündete eine 10%ige Abwertung des US\$. Während der nächsten Monate begann ein Regime flexibler Wechselkurse und das System von Bretton Woods war de facto beendet.

Mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems hatte der IWF seine ursprüngliche Existenzberechtigung verloren, da in einem System flexibler Wechselkurse die Zahlungsbilanzen der Mitglieder definitiv ausgeglichen sind. Der Währungsfonds nahm die Ölpreiskrise der Jahre 1974/75 zum Anlass, um neue Kreditfazilitäten zu schaffen, die den Mitgliedern die Möglichkeit boten, auch auf Grund struktureller Probleme und der Ölpreisteigerungen Kredite nachzufragen. Der Schwerpunkt der Kreditvergabe verschob sich von den Industrieländern auf die Entwicklungs- und Schwellenländer in Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Der IWF näherte sich mithin in seinem Aufgabenprofil immer stärker an die Weltbank an. Mit dem Ende der festen Wechselkurse setzte ein freies Schwanken - Floaten - der Wechselkurse zwischen den wichtigen Volkswirtschaften der Welt ein. 1978 wurde das Floaten im Rahmen des Bretton Woods Abkommen schließlich legalisiert. Das heißt jedoch nicht, dass alle Länder nun flexible Wechselkurse einführten. Insbesondere Entwicklungsländer mit schwachem nationalen Finanzsektor hielten feste Wechselkurse bei. Auch die europäischen Länder, die in erheblichem Maße vom innereuropäischen Handel abhingen, versuchten ihre Währungen gegenseitig zu stabilisieren.

Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte

Nachdem im Frühjahr 1973 praktisch alle bedeutenden Mitglieder des IWF zu flexiblen Wechselkursen übergegangen sind, hatte dies nicht sogleich zur Abkehr von Kapitalverkehrskontrollen geführt. In den 1970er Jahren wurden von den meisten Industriestaaten weiterhin Kontrollen zur Stabilisierung der flexiblen Wechselkurse durchgeführt. Zu nennenswerten Aufhebungen der Beschränkung von Kapitalbewegungen kam es erst in den 1980er Jahren, nachdem sich ein Land nach dem anderen gezwungen sah, unter dem Druck der internationalen Märkte die nationalen Kontrollen abzuschaffen. Der Trend zur Liberalisierung der Kapitalmärkte steht in engem Zusammenhang mit der ideologischen Verschiebung zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. In den 1960er Jahren hatten sich die USA noch für die Beibehaltung der festen Wechselkurse ausgesprochen. Sie weigerten sich den Dollar abzuwerten und versuchten ihr

Zahlungsbilanzdefizit durch direkte Kapitalexportkontrollen in den Griff zu bekommen. In den 1970er Jahren hatte sich die innenpolitische Landschaft gewandelt. Nach den demokratischen Regierungen folgte eine republikanische, die traditionell marktwirtschaftliche Grundsätze und weniger staatliche Kontrollen befürwortete. Während in den 1960er Jahren noch die produzierende Industrie den größeren Einfluss auf die Politik hatte, begannen in den 1970er Jahren der Dienstleistungssektor, der kein besonderes Interesse an stabilen Wechselkursen hatte, und bereits der Finanzsektor zu dominieren. Der Finanzsektor kämpfte für freie, unregulierte Kapitalflüsse, um das Kapital in den Märkten mit den höchsten Gewinnchancen anlegen zu können. Mit dem Regierungsantritt von Ronald Reagan 1981 setzte sich die neoliberale Wirtschaftsdeologie endgültig durch. Der Finanzsektor wurde zur treibenden Kraft und Träger eines allein auf Marktprinzipien bauenden Kapitalismus.

2.2.2 Vom GATT zur WTO

Ausweitung der Liberalisierungsmaßnahmen auf alle Wirtschaftsbereiche

Die Abkehr von keynesianischen Grundsätzen in den 1970er Jahren und die Hinwendung zu neoliberalem Gedankengut hatten ihre Auswirkungen auf alle internationalen Organisationen, so auch auf das internationale Handelsabkommen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Noch keinen Niederschlag fand der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel in den GATT-Verhandlungen in Tokio (Tokio-Runde 1973-79). Es wurde zwar eine allgemeine Zollsenkung um durchschnittlich 34% erreicht, aber wichtige Wirtschaftsbereiche, wie die Landwirtschaft, der Hochtechnologiesektor und die Dienstleistungen, waren ausgespart geblieben. Die Ausweitung der Liberalisierung auf alle wirtschaftlichen Bereiche gelang erst in der Uruguay-Runde (1986-94). Der entscheidende Durchbruch bei den GATT-Verhandlungen wurde nach dem Ende der Systemkonkurrenz durch den Zusammenbruch des Ostblocks erreicht. In den 1990er Jahren wurden im Sog des wirtschaftlichen Aufschwungs der USA die Schlagworte des Neoliberalismus zu Ikonen des wirtschaftlichen Erfolgs und bestimmten weltweit den wirtschaftspolitischen Diskurs.

Die Ergebnisse der Uruguay-Runde waren:

- * Zollsenkung für Industriegüter
- * Verbesserung des Marktzugangs bei Agrargütern sowie Textil und Bekleidung, Abbau zahlreicher Subventionen und Einfuhrquoten
- * strengere Maßstäbe für Einführung von Antidumping- und Ausgleichszöllen
- * Verbot bilateraler Absprachen über Exportbeschränkungen
- * verbindliche Regeln für Investitionsmaßnahmen
- * verbesserte Streitschlichtungsverfahren
- * das Abkommen über den Dienstleistungshandel (GATS)
- * das Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS)
- * der Beschluss zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO)

1994 wurde der Beschluss zur Errichtung der WTO (World Trade Organisation) gefasst. Die offizielle Gründung erfolgte am 1.01.1995. Als allgemeines Ziel der WTO wird in der Präambel die "Errichtung und Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen und dauerhaften multilateralen Handelssystems" genannt.

Allgemeine wirtschaftspolitische Ziele sind:

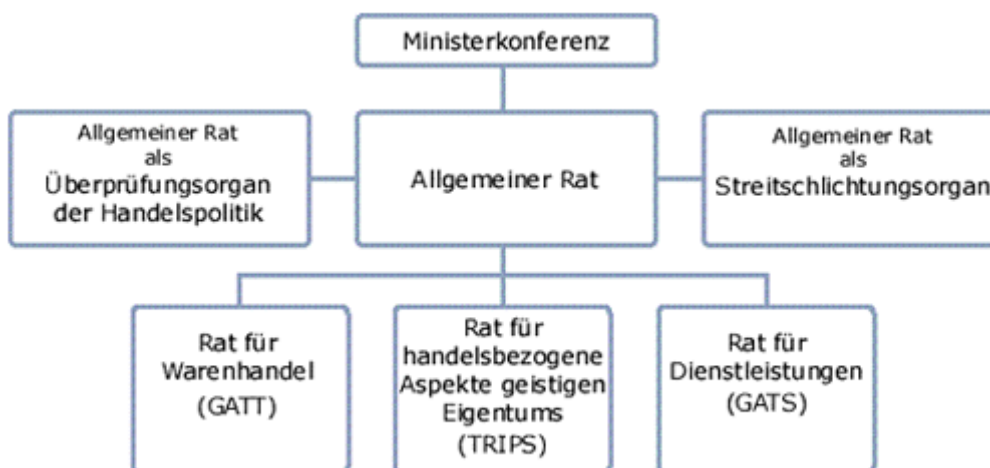
- * Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards
- * Erreichung der Vollbeschäftigung
- * Wirtschaftswachstum
- * Steigerung des Handels mit Waren und Dienstleistungen
- * Umweltschutz

Zu den konkreten Aufgaben zählen:

- * Abbau von Zoll- und Handelsschranken
- * Beseitigung von Diskriminierungen in den internationalen Handelsbeziehungen
- * Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel
- * Schlichtung von Handelsstreitigkeiten
- * Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Herauszuheben ist die Neuregelung auf dem Gebiet der Beilegung von zwischenstaatlichen Handelsstreitigkeiten. Jedes Land kann nationale Schutzbestimmungen eines anderen Mitgliedsstaates als "unerlaubtes Handelshemmnis" in Frage stellen und deren Rechtmäßigkeit von der WTO überprüfen lassen. Das Schlichtungsverfahren der WTO ist von herausragender Bedeutung, denn die Entscheidungen sind, anders als früher unter dem GATT, für alle Mitgliedsstaaten verbindlich. Sie haben Gesetzeskraft: WTO-Recht bricht nationales Recht. Besonders umstritten ist das in der Uruguay-Runde beschlossene, aber noch nicht ratifizierte, Abkommen GATS (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Der strittigste Punkt ist die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Es wird befürchtet, dass bislang gemeinnützige öffentliche Dienste, wie etwa Erziehung, Gesundheitswesen, Sozialeinrichtungen und wichtige Versorgungsbetriebe, wie etwa Elektrizitäts- und Wasserbetriebe, durch private Anbieter zum Spielball rein ökonomischer Interessen werden.

Struktur und Organe der WTO



Intensive Kooperation von WTO, IWF und Weltbank

Die WTO ist wie die Weltbank und der IWF eine Sonderorganisation der UNO. Mit der Reorganisation des GATT zur WTO ist es zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit von WTO, IWF und Weltbank gekommen, um gemeinsame politische, wirtschaftliche und finanzielle Vorhaben rascher und mit weniger Reibungsverlusten zu realisieren. Die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts von Entwicklungs- und Schwellenländern verbindet die drei Organisationen. IWF und Weltbank machen ihre Entscheidungen über eine Kreditvergabe von bestimmten Reformschritten der Kreditnehmerländer abhängig und bestimmen so indirekt deren Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Auflagen für die geforderten wirtschaftlichen "Strukturanpassungen" orientieren sich seit den 1980er Jahren im wesentlichen an jenen neoliberalen Grundsätzen wie sie im "Washington Consensus" zusammengefasst wurden: nämlich gesicherte Eigentumsrechte, Schaffung eines stabilen Wechselkurses durch fiskalische Disziplin (ausgeglichenes Haushaltbudget), Handelsliberalisierung, Liberalisierung des Finanzmarktes, Beseitigung von Marktzutrittschancen (Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Firmen) und Privatisierung von staatlichen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen.

3 REGIONALISMUS UND GLOBALISIERUNG

Unter "**Regionalismus**" ist ein wirtschaftlicher oder politischer Zusammenschluss von Staaten zu verstehen, die sich in einer Region befinden. Dieser Begriff ist gleichbedeutend mit regionaler Integration. Folgende Integrationsstufen sind zu unterscheiden:

- * Die **Freihandelszone** (z.B. EFTA, NAFTA): Freie Beweglichkeit der in der Zone erzeugten Güter durch Beseitigung der Binnenzölle und sonstiger Handelshemmnisse. Gegenüber Drittländern behält jedes Mitgliedsland seine eigenen Außenzölle und bleibt handelspolitisch souverän.
- * Die **Zollunion** (z.B. EWG, Mercosur): Freie Güterbeweglichkeit innerhalb des Integrationsraumes und gemeinsame Außenhandelspolitik gegenüber Drittländern.
- * **Gemeinsamer Markt** (EG, EU): Freie Beweglichkeit von Gütern und Produktionsfaktoren im Integrationsraum (Zollunion + gewerbliche Niederlassungsfreiheit + Freizügigkeit der Arbeitskräfte und freie Arbeitsplatzwahl).
- * **Wirtschaftsunion** (EU-Agrarpolitik): Zusätzlich zum gemeinsamen Markt erfolgt hier eine Koordination oder gar Vereinheitlichung nationaler Wirtschaftspolitiken.
- * **Währungsunion** (EWU): Vereinbarung absolut fixer und nicht veränderbarer Wechselkurse zwischen den Währungen der Mitgliedsstaaten bei vollständiger Währungskonvertibilität oder Einführung einer gemeinsamen Einheitswährung.

Der hier verwendete Begriff "Regionalismus" ist vom gleichlautenden Begriff, wie er in der "Erklärung zum Regionalismus in Europa" von der Europäischen Union verwendet wird, zu unterscheiden. "Regionalismus" bezieht sich dort auf Regionen innerhalb der EU, das sind etwa Föderalstaaten bzw. Bundesländer sowie sprachliche, kulturelle oder räumliche autonome Gemeinschaften.

3.1 Die Entwicklung regionaler Bündnisse und Integrationsräume

Regionale Integration als Anpassungsstrategie der Nationalstaaten

Seit den 1980er Jahren haben die regionalen Abkommen und Verbünde deutlich zugenommen. Der "neue Regionalismus" ist weltweit und auf allen Kontinenten zu einem charakteristischen Phänomen geworden. Die Zunahme regionaler wirtschaftlicher wie politischer Kooperation seit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems kann als Reaktion auf die strukturellen Veränderung in der Weltwirtschaft gesehen werden. Der Anstieg des Wettbewerbs zwischen den Nationalstaaten verlangte nach neuen Strategien. Sie mussten, um ihren Handlungsspielraum zu verteidigen, auf die Positionsverschiebung im Beziehungsgeflecht von Staat und Ökonomie reagieren. Die Staaten antworteten mit einer Intensivierung der internationalen, vor allem aber auch der regionalen Zusammenarbeit. Dieser "neue Regionalismus" ist also die konstruktive Antwort der Staaten auf die ökonomische Globalisierung. Regionale Zusammenarbeit wurde forciert, um einen Teil des Handlungsspielraumes zurück zu erlangen, den der einzelne Staat den Marktkräften überlassen mußte. Der Nationalstaat, der an solchen Regionalorganisationen beteiligt ist, verliert zwar auf diese Weise einen Teil der Entscheidungsautonomie, gewinnt aber dafür mit seinen regionalen Integrationspartnern gemeinsame Handlungsfähigkeiten. Solange aus der regionalen Kooperation und Integration kein neues föderales Staatsgebilde entsteht, ersetzt der Regionalismus das nationalstaatliche Prinzip nicht, sondern bestätigt und stärkt es. In diesem Sinne dient die regionale Kooperation der "Rettung des Nationalstaates".

Regionalismus und Interregionalismus aus machtpolitischer Perspektive

Die regionalistische Antwort der Staaten auf die Herausforderung der Globalisierung hat ihren Ansatzpunkt im konkurrierenden Streben der Staaten nach Sicherheit und Wohlstand im geo-

ökonomischen Wettbewerb. Regionale Integrationsverbände dienen zum einen dazu die Machtverhältnisse in einer Region in Balance zu halten, den dominierenden Staaten aber zur Absicherung ihrer regionalen Machtposition. Aus machtpolitischer Sicht ist es daher nicht verwunderlich, dass in der Regel die großen Mächte in den jeweiligen Regionen die Schrittmacher der regionalen Zusammenarbeit bzw. Integration waren und sind. In allen Fällen stärkt die regionale Zusammenarbeit das relative Gewicht der Kernstaaten, und sie gibt den mittleren und kleineren Staaten Mitsprache und die Möglichkeit der Machtpartizipation. Im globalen Zusammenhang dient der Regionalismus der Ausbalancierung der weltweiten Machtverhältnisse. Getragen wird der Machtausgleich durch vielfältige wirtschaftliche sowie politische interregionale Kooperationen und Abkommen. Der Trend zur Gründung interregionaler Abkommen ist ungebrochen. Zwischen 1990 und 1995 wurden laut einer Studie der WTO über 30 neue Integrationsräume etabliert. Mitte der 1990er Jahre wurden bereits 53% des gesamten Welthandels innerhalb solcher Integrationsräume (EU, NAFTA, MERCOSUR und APEC) abgewickelt. In Europa hat das Ende des Kalten Krieges zu einer Einbindung mittel- und osteuropäischer Staaten in Freihandelsvereinbarungen vor allem mit der Europäischen Gemeinschaft/Union geführt. So wickeln heute etwa nur noch 8 der 140 WTO-Mitgliedstaaten ihren Handel mit EU-Staaten auf der Grundlage der Meistbegünstigung ab. Das sind USA, Kanada, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Hongkong und Singapur. Die EG/EU wirkte auch als ein Regionalisierungsakteur im internationalen System. Als Freihandelszone und Zollunion gewann sie Vorbildwirkung. Sie gab den Anstoß für mittlerweile erfolgreiche Nachahmer wie die NAFTA und weniger erfolgreiche wie MERCOSUR und APEC.

NAFTA (North American Free Trade Association)

Auch in der US-amerikanischen Handelspolitik setzte in den 1980er Jahren ein Trend zum Regionalismus ein. Obwohl die USA weiterhin die führende Rolle im multinationalen Liberalisierungsprozeß im Rahmen des GATT spielten, suchten sie verstärkt nach alternativen regionalen Liberalisierungsstrategien. So schlossen sie 1985 ein Freihandelsabkommen mit Israel, 1988 das CUSFTA mit Kanada und 1994 NAFTA mit Kanada und Mexiko ab. Ein Grund für die Zuwendung zum Regionalismus war der Vertrauensverlust in die GATT-Mechanismen in Bezug auf Konfliktlösung, Durchsetzung von Entscheidungen und Bereiche wie Dienstleistungen und ausländische Direktinvestitionen. Neben der Eröffnung von Größenvorteilen durch größere Märkte ("economies of scale") erwarteten die USA in kleineren Abkommen bessere Durchsetzungsmechanismen und somit eine schnellere und einfachere Handelsliberalisierung.

MERCOSUR (Mercado Común del Sur)

Im März 1991 unterzeichneten die Präsidenten von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ein Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, den Mercado Común del Sur (Mercosur). Das Ziel war ein freier Verkehr von Gütern und Dienstleistungen, gemeinsame Außenzölle sowie die Koordinierung der Wirtschafts-, Währungs- und Industriepolitik. Mit dem Gründungsvertrag von 1991 wurde der Integrationsprozess vertieft und erweitert, den Argentinien und Brasilien seit Mitte der 1980er Jahre in Gang gesetzt hatten. Die wirtschaftlichen Regionalisierungsprojekte erhielten in Lateinamerika eine neue Schubkraft durch die weltweit zu beobachtende Tendenz zur Formierung regionaler Wirtschaftsblöcke. In der Übergangsphase von 1991 bis Ende 1994 gelang es, den im Gründungsvertrag vorgesehenen Abbau der Einfuhrzölle zwischen den Mitgliedstaaten weitgehend durchzuführen, sodass ab 1995 für den überwiegenden Teil des grenzüberschreitenden Warenverkehrs tatsächlich Freihandel herrschte. Unter den Eindruck der Krisenerfahrungen des Jahres 1999 haben sich die Staatspräsidenten des Mercosur darauf geeinigt, die "Süd-Süd-Integration" zu vertiefen, ihre Wirtschaftspolitiken im Rahmen einer "geordneten Konvergenz" zu harmonisieren und die Mitgliedstaaten auf eine stabilitätsorientierte Finanz- und Geldpolitik zu verpflichten.

ASEAN (Association of South-East Asian Nations)

Die ASEAN ist eine Vereinigung Südostasiatischer Nationen. Sie wurde 1967 von Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand zur Sicherung der politischen Stabilität sowie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung gegründet. 1999 wurden mit der Aufnahme von Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodscha der Erweiterungsprozess abgeschlossen. Heute gehören alle zehn südostasiatischen Länder der ASEAN an. Die drei Zeitzonen umfassende Vereinigung vereint heute eine Bevölkerung von ca. 500 Millionen Menschen. Der Prozeß der wirtschaftlichen Integration begann in den 1990er Jahren. 1992 wurde die Einführung einer Freihandelszone (AFTA, ASEAN Free Trade Area) bis 2002 beschlossen. Gegenwärtig zählt es zu den Hauptaufgaben der ASEAN, auf die wirtschaftliche Globalisierung so zu reagieren, dass sich eine Asienkrise wie 1997/98 nicht wiederholt und die Region im Wettbewerb um ausländische Investitionen und Exportmärkte nicht gegenüber Konkurrenten wie China und Indien ins Hintertreffen gerät. Dabei ergeben sich Konflikte zwischen Ländern, die eine weitreichende Liberalisierung anstreben (wie Singapur) und Ländern, die nur Teile ihrer Volkswirtschaft öffnen wollen (wie Malaysia und Indonesien). Trotz dieser Differenzen ist die ASEAN grundsätzlich für den Ausbau der wirtschaftlichen Liberalisierung, wie die Pläne zur Schaffung einer ASEAN+3 -Freihandelszone zeigen. Mit ASEAN + 3 ist ein Forum gemeint, in dem sich die 10 ASEAN-Länder mit China, Südkorea und Japan über die Realisierbarkeit einer Freihandelszone austauschen.

APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation)

Auf Initiative der USA wurde im Jahre 1989 die APEC gegründet. Von der USA über Japan, Südkorea und China sowie der südostasiatischen Staatengemeinschaft (ASEAN) sind alle wichtigen Handelsmächte der asiatisch-pazifischen Region in diesem Forum vertreten. Während noch 1994 auf der Gipfelkonferenz in Bogor von der "weitreichendsten Handelsübereinkunft in der Geschichte" gesprochen wurde, konnte als Fazit des zehnjährigen APEC-Bestehens 1999 nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob auch nur ein Mitglied des Forums zusätzliche Liberalisierungsschritte allein auf Grund der Existenz der APEC durchgeführt habe. Die Stagnation der Institution ist auf ihre Reaktion auf die Asien-Krise zurückzuführen. Der große Einfluss der USA wurde sichtbar, als die APEC-Finanzminister 1997 ein Kommuniqué unterzeichneten, nach dem allein der Internationale Währungsfonds (IWF) für die Beilegung der Krise zuständig sei. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigten sich die meisten ostasiatischen Staaten loyal gegenüber den USA. So stellten sie sich zunächst gegen die von Japan eingebrachte Initiative eines Asiatischen Währungsfonds (AWF). Mit der Enttäuschung über die Maßnahmen des IWF wuchs jedoch auch der Protest gegenüber den USA und der Widerstand gegen eine Rolle der APEC zur Beilegung der Asien-Krise.

3.2 Der europäische Regionalismus: Die Europäische Union

Auch wenn die Einigungsbestrebungen auf dem europäischen Kontinent bis weit in das Mittelalter zurück reichen, waren die Erfahrungen beider Weltkriege für die Wahl eines supranationalen Integrationsmodus von entscheidender Bedeutung. Konstanten der Integrationsbemühungen waren die zunächst katastrophale wirtschaftliche Lage nach dem zweiten Weltkrieg, der Expansionsdrang der Sowjetunion, die Frage der Einbindung Deutschlands und die weltpolitische Rolle Westeuropas. Diese Konstanten blieben, abgesehen von der raschen wirtschaftlichen Erholung Westeuropas, bis 1989 gültig. Insofern war die Gründung und Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft trotz der Dominanz der ökonomischen Integration nicht nur ein Projekt wirtschaftlicher Kooperation, sondern war immer gepaart mit dem Versuch, eine politische Union zu errichten, auch wenn dies im ersten Versuch in den 1950er Jahren (Römische Verträge 1957) gescheitert war.

Vertiefung der ökonomischen und politischen Integration

Der in den 1950er Jahren beginnende Integrationsprozess war von Phasen der Vertiefung und Erweiterung geprägt. Der erste Integrationsschritt erfolgte durch die Gründungen der Europäischen

Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1952, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) ebenfalls 1957. Aus ökonomischer Sicht war insbesondere der EWG-Vertrag von großer Bedeutung, da hier nicht nur die Absicht der Errichtung einer Zollunion, sondern auch die Koordination der Wirtschaftspolitiken mit dem Ziel eines gemeinsamen Marktes festgelegt wurde. Während tarifäre Handelshemmnisse wie Zölle und Kontingente dann auch bis Ende der 1960er Jahre schrittweise abgebaut und ein gemeinsamer Außenzoll gegenüber Drittländern geschaffen wurde, führte das Fortbestehen nicht-tarifärer Handelshemmnisse de facto weiterhin zu einer Beschränkung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs.

In den 1970er Jahren kam der ökonomische Integrationsprozess weitgehend zum Erliegen. Die Wirtschaftskrise förderte protektionistische Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Durch zahlreiche Vorschriften wurde der Warenverkehr eingengt und schwache Wirtschaftsbetriebe unterstützt, was für die bereits erreichte Integration einen Rückschritt bedeutete. Wichtige Schritte wurden jedoch in dieser Krisenzeit im Währungsbereich gesetzt. Die extremen Schwankungen der Wechselkurse nach dem Schließen des "gold window" führten 1972 zur Gründung des Europäischen Währungsverbundes. Nach dem endgültigen Zusammenbruch des Bretton Woods Systems wurde 1979 das Europäische Währungssystem (EWS) geschaffen. Die ECU (European Currency Unit) galt fortan als europäische Rechnungseinheit im Handel zwischen den Mitgliedstaaten.

1986 wurde mit der Vorstellung des "Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarktes" und der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) ein entscheidender Schritt zur Vertiefung der europäischen Integration gesetzt, indem der Wille zur Schaffung einer Europäischen Union und zur Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1993 bekräftigt wurde. Der Zusammenbruch des Ostblocks und die stärkere Rolle Deutschlands in Europa beförderte den bisher umfassendsten Integrationsschritt in der Geschichte der EU durch die Unterzeichnung des "Vertrages über die Europäische Union" in Maastrich 1992. Im Vertragswerk von Maastrich wurden erstmals Bestimmungen über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und über die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres vereinbart. Grundpfeiler des Vertrages war der Drei-Stufenplan zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion, mit der die nationalen Währungen unwiderruflich durch eine europäische Währungseinheit ersetzt werden sollten. Der festgelegte Zeitplan sah vor, dass bis zum Ende des Jahrtausends die WWU verwirklicht werde. In den folgenden Jahren sollte eine Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken herbeigeführt, die Geldpolitik koordiniert und die Staatshaushalte angeglichen werden. Mit dem Vertrag von Maastrich wurde ein qualitativ neues Stadium der europäischen Integration erreicht. Das Ziel war nun die politische, wirtschaftliche und langfristig auch militärische Union aller EG-Mitglieder. Auf diese Weise sollte es auf Dauer zu einem Machtgleichgewicht zwischen den drei großen Blöcken in der industrialisierten Welt, nämlich Europa, Japan und den USA kommen. Am 1.1. 1993 trat der Europäische Binnenmarkt in Kraft, der in der EG den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital gewährleistete. Am 1. November 1993 wurde nach erfolgter Ratifizierung durch die Parlamente aller Mitgliedstaaten der Maastrichter Vertrag in Kraft gesetzt. Aus der Europäischen Gemeinschaft wurde die Europäische Union (EU).

1994 begann die zweite Stufe der Europäischen Währungsunion (EWU). In Frankfurt am Main wurde das Europäische Währungsinstitut (EWI) als Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB) errichtet. 1995 entschieden sich die Staats- und Regierungschefs bei einem Treffen in Madrid für "Euro" als Namen der zukünftigen einheitlichen Währung. Sie legten den Zeitplan und die Bedingungen für die Einführung der einheitlichen Währung fest. 1996 wurde der "Pakt für Stabilität und Wachstum" vom Europäischen Rat gebilligt.

1997 wurden die Gründungsverträge durch den **Vertrag zu Amsterdam** zum dritten Mal grundlegend überarbeitet. Nach der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 (Binnenmarkt) und dem Vertrag von Maastrich 1992 (Wirtschafts- und Währungsunion) stellt der Vertrag von Amsterdam einen weiteren Schritt zur Vertiefung der Europäischen Union dar. Beibehalten wurde die "Drei-Säulen-Konstruktion": Wirtschafts- und Währungsunion (Gemeinschaften), gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres. Die Rechte des Europäischen Parlaments wurden ausgebaut. Es erhielt in mehr Bereichen das Mitentscheidungsrecht. Wichtige Bereiche der 3. Säule Justiz und Inneres wurden vergemeinschaftet. Änderungen wurden vorgenommen: in der Asyl- und Einwanderungspolitik; in der polizeilichen und juristischen Zusammenarbeit in Strafsachen, und durch die Aufnahme des Schengener Abkommens (Freie Binnengrenzen ohne Personenkontrollen) in das Gemeinschaftsrecht.

Nicht zustande gekommen ist hingegen die beabsichtigte Änderung der Größe und Zusammensetzung der Europäischen Kommission, die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen sowie die Neuordnung der Stimmenverteilung im Ministerat. Am 1. Mai 1999 ist der Amsterdamer Vertrag in Kraft getreten.

Die Europäische Union (3-Säulen-Modell)

DIE EUROPÄISCHE UNION		
I. SÄULE Europäische Gemeinschaften	II. SÄULE Außen- u. Sicherheitspolitik	III. SÄULE Innere Sicherheit u. Judikatur
Zollunion u. Binnenmarkt Agrarpolitik Strukturpolitik Handelspolitik Unionsbürgerschaft Bildung u. Kultur Transeuropäische Netze Konsumentenschutz Gesundheitswesen Forschung u. Umwelt Sozialpolitik Asylpolitik Außengrenzen Einwanderungspolitik	Außenpolitik außenpolitische Kooperation Friedenserhaltung Menschenrechte Demokratie Hilfe für Drittstaaten Sicherheitspolitik Kooperation im militärischen Bereich europäische Sicherheitsordnung (langfristig)	Justizielle Kooperation in Zivil- u. Strafsachen Polizeiliche Kooperation Kampf gegen Rassismus u. Fremdenfeindlichkeit Kampf gegen Drogen- u. Waffenhandel Bekämpfung des organisierten Verbrechens Terrorismusbekämpfung Kampf gegen Kindermissbrauch u. Menschenhandel

Am 1.1.1999 begann die dritte und letzte Stufe der WWU mit der unwiderruflichen Festlegung der Wechselkurse der Währungen sowie der Durchführung einer einheitlichen Geldpolitik unter der Verantwortung der EZB. Der Euro wurde als offizielle Währung von Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien eingeführt. Im Jahr 2000 kam Griechenland als zwölftes Mitglied der Euro-Zone hinzu. 2002 wurde der Euro in den zwölf teilnehmenden Staaten zum alleinigen Zahlungsmittel.

Geographische Ausweitung der europäischen Integration

Neben der Vertiefung der europäischen Integration ist es im Zeitablauf auch zu geographischen Ausweitungen gekommen, die sich in mehreren Schritten vollzog. 1973 traten Großbritannien, Irland und Dänemark (Norderweiterung), 1981 Griechenland, und 1986 Spanien und Portugal (Süderweiterung) der EG bei. 1995 wurde die Erweiterung mit den Beitritten von Österreich, Schweden und Finnland auf nunmehr 15 Mitglieder bislang abgeschlossen. Die nächste Ausweitungsetappe ist bereits eingeleitet. Der bevorstehende Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten sieht zum ersten Mal - sieht man von den neuen deutschen Bundesländern ab - den Beitritt von Staaten des ehemaligen sozialistischen Systems vor. Die Beitrittsländer müssen sich an ein komplexes Gebilde anpassen. Aufgrund der Größe der Aufgabe werden die Beitrittsländer beim Anpassungsprozess durch die EU und die Mitgliedstaaten unterstützt. Bereits 1993 hatte der Europäische Rat in Kopenhagen (Kopenhager Kriterien) die Erweiterungsperspektiven für die mittel- und osteuropäischen Länder eröffnet. Seit dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa stellten zehn mittel- und osteuropäische Länder (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn) einen Beitrittsantrag an die EU. Zusammen mit dem Antrag Maltas, der Türkei und Zypern haben somit 13 Länder einen Antrag auf Aufnahme in die EU gestellt. 1998 wurden von der EU Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Slowenien und Zypern aufgenommen. Im Februar 2000 wurden formell Verhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakischen Republik eingeleitet. Der Vertrag von Nizza bereitet die Europäische Union auf die anstehende Erweiterung vor. Ende 2000 haben sich die EU-Mitglieder auf einen Vertrag geeinigt, der die Grundsätze und Methoden festlegt, nach denen sich das institutionelle System entsprechend der Erweiterung der Union auf 27 Mitglieder weiterentwickelt. Die Zahl der Sitze der neuen Mitgliedstaaten im

Europäischen Parlament, ihre Stimmenzahl im Rat und insbesondere die künftig geltende Schwelle für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen müssen jedoch in den Beitrittsverträgen erst festgelegt werden. Der **Vertrag von Nizza**, den Irland als letztes Mitgliedsland nach einem zweiten Referendum im Oktober 2002 ratifiziert hatte, trat zum 1. Februar 2003 in Kraft. Die vorgesehenen institutionellen Änderungen werden erst ab dem 1. November 2004 gelten.

4 INTENSIVIERUNG DER INTERNATIONALEN ARBEITSTEILUNG

Der Prozess der Globalisierung ist Ausdruck einer sich vertiefenden internationalen Arbeitsteilung. Immer mehr Volkswirtschaften beteiligten sich am grenzüberschreitenden Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Wesentlichen Anteil an der Zunahme der internationalen Arbeitsteilung hatten die transnationalen Unternehmen mit ihren grenzüberschreitenden Direktinvestitionen.

4.1 Internationale Direktinvestitionen als Motor der Globalisierung

Wenn Welthandel und weltweite Investitionsströme schneller zunehmen als die Weltproduktion, dann vertieft sich die internationale Arbeitsteilung und die ökonomische Integration der nationalen Volkswirtschaften steigt. Ein solcher Prozess ist für die vergangenen Jahrzehnte zweifellos festzustellen, wobei es insbesondere Direktinvestitionen waren, von denen die Globalisierung vorangetrieben wurde. Während Weltproduktion und Welthandel sich seit 1982 etwa verdreifacht haben, stiegen die Direktinvestitionen auf mehr als das Dreißigfache an.

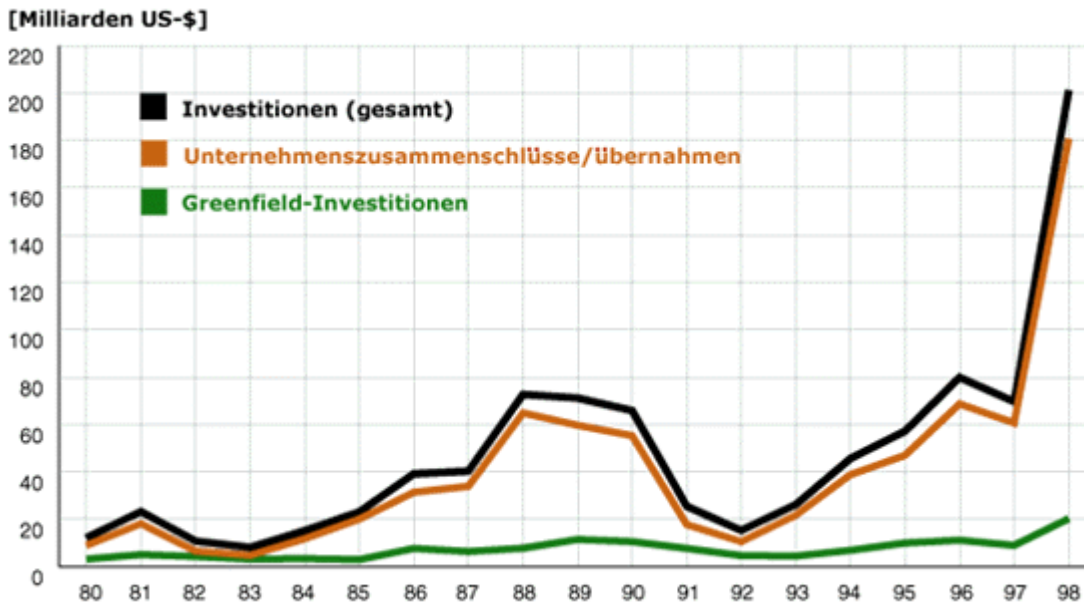
Indikatoren zur Globalisierung der Weltwirtschaft

	Bruttoinlandsprodukt		Export Güter u. Dienstleistungen		Direktinvestitionen		Export ausl. Tochterfirmen	
	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%
1982	10612	100	2124	100	37	100	637	100
1990	21475	202	4381	209	235	635	1166	3572
2000	31895	301	7036	331	1150	3108	183	561

Direktinvestitionen und grenzüberschreitende Fusionen

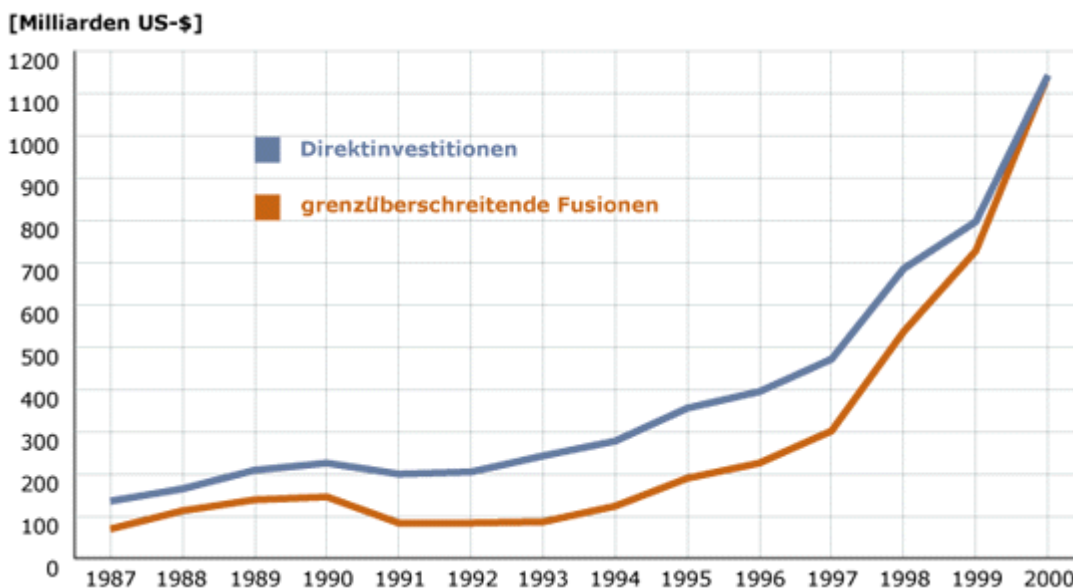
Bei den internationalen Direktinvestitionen dominierten nicht die Investitionen auf der "grünen Wiese" ("Greenfield-Investitionen"). Der überwiegende Teil der Direktinvestitionen wurde durch Unternehmenszusammenschlüsse und -übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) vollzogen. Wie groß der Anteil von Fusionen an den Direktinvestitionen tatsächlich war, lässt sich statistisch nicht leicht beantworten, da Direktinvestitionen im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistiken erfasst werden, während Fusionsstatistiken auf den Meldungen der beteiligten Unternehmen basieren. Zu Problemen der statistischen Erfassung kommt es vor allem, wenn Unternehmenskäufe auf ausländischen Kapitalmärkten finanziert werden. Für Direktinvestitionen in den USA liegen allerdings speziell aufbereitete Daten vor. Diese zeigen, dass die internationalen Investitionsströme von Fusionsaktivitäten dominiert werden und dass ihr relatives Gewicht im Zeitablauf stark zugenommen hat.

Direktinvestitionen ausländischer Investoren in den USA nach Anlageart



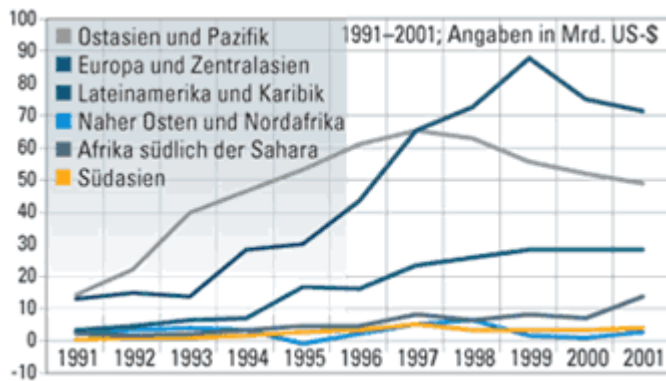
Die Dominanz der Fusionsaktivitäten bei internationalen Investitionsströmen bestätigt sich, wenn man die weltweite Entwicklung der Direktinvestitionen mit der Entwicklung der grenzüberschreitenden Fusionen vergleicht:

Weltweite Direktinvestitionen (outflows) und grenzüberschreitende Fusionen



Die Zahl der weltweiten Unternehmenszusammenschlüsse und -übernahmen war im Jahr 2000 mehr als dreimal so hoch wie im Jahr 1990. Das Transaktionsvolumen hat sich sogar verzehnfacht. Auch wenn man berücksichtigt, dass viele Fusionen im Wege des Aktientauschs finanziert wurden und die Transaktionswährungen durch die spekulative Blase an den Börsen vorübergehend stark überbewertet war, kann man dennoch von einer ausgeprägten Fusionswelle, die Mitte der 1990er Jahre einsetzte, sprechen. Diese Welle erreichte im Jahr 2000 ihren Höhepunkt, vollständig abgeklungen ist sie bis heute nicht. Der Anteil an internationalen Direktinvestitionen war jedoch in den einzelnen Wirtschaftsregionen höchst unterschiedlich.

Regionale Muster ausländischer Direktinvestitionsströme 1991-2001



Den geringsten Anteil an Direktinvestitionsströmen hatten die Regionen Südasien, Naher Osten und Nordafrika sowie Afrika südlich der Sahara. In Europa und Zentralasien stieg der Anteil von nahe Null im Jahre 1991 bis auf knapp 30 Mrd. US\$ im Jahre 2001. Die Region Ostasien und Pazifik verzeichnete von 1991 bis zur Asienkrise im Jahre 1997 einen enormen Anstieg bis auf 65 Mrd. US\$, danach jedoch einen Rückgang bis auf knapp 50 Mrd. US\$. In der Region Lateinamerika und Karibik nahmen die ausländischen Direktinvestitionen bis zur Krise in Brasilien 1999 bis auf knapp 90 Mrd. US\$ zu, um bis 2001 auf etwa 70 Mrd. US\$ abzusinken.

Fusionswellen

Fusionswellen gab es auch in früheren Zeiten und jede dieser Wellen hatte ihre besonderen Merkmale. Auslöser von Fusionen waren exogene Schocks, die entweder durch neue technologische Entwicklungen oder eruptive Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen bewirkt wurden. Da diese Schocks nie alle Branchen gleichmäßig betrafen, weisen die verschiedenen Fusionswellen wechselnde sektorale Schwerpunkte auf. Die Fusionswelle von 1965 bis 1973 war geprägt durch das Bestreben der Unternehmen Größenvorteile durch industrielle Massenproduktion zu erzielen. Der sektorale Schwerpunkt lag bei der Konsumgüterindustrie. Die Welle von 1984 bis 1988 war in den USA deutlich geringer ausgeprägt als in Europa, wo sich im Vorgriff auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein Konzentrationsprozess bei technologieintensiven Branchen vollzog. Ehemals nationale Unternehmen wurden zu europäischen Unternehmen um- und ausgebaut. Das Schlagwort dieser Fusionswelle waren die Synergieeffekte, die durch das Zusammenfügen von Produktionsbereichen mit verwandten Technologien erzielt werden sollten. Die Fusionswelle von 1995 bis 2000 wurde von den Phänomenen Globalisierung und Deregulierung geprägt. Im Zuge der Globalisierung wuchsen die Märkte und die Unternehmensstrukturen vollzogen dieses Wachstum nach. Durch Deregulierung wurden ehemals abgeschottete nationale Monopole für die internationale Konkurrenz geöffnet und es bot sich die Möglichkeit, durch den Zukauf ausländischer Anbieter rasch auf den jeweiligen Märkten Fuß zu fassen. Die Branchenschwerpunkte der jüngsten Fusionswelle lagen einerseits in jenen Industriebereichen, bei denen globalisierte Märkte eine besonders große Rolle spielen, wie etwa bei der Automobil- oder Pharmaindustrie. Des Weiteren waren jene Bereiche von internationalen Unternehmenszusammenschlüssen betroffen, in denen staatliche Deregulierungsmaßnahmen zur Liberalisierung der bisher staatsnahen Unternehmen führten, wie bei der Telekommunikation und Energiewirtschaft oder im Versicherungs- und Bankenbereich.

4.2 Die transnationalen Unternehmen

Das globale Netzwerk transnationaler Unternehmen (transnational corporations, TNCs) umfasst heute über 60.000 Unternehmen mit rund 820.000 ausländischen Tochterunternehmen. Bei den ausländischen Töchtern sind rund 45 Millionen Menschen beschäftigt. Rund 40% des gesamten Welthandels entfallen auf den Intra-Konzern-Handel.

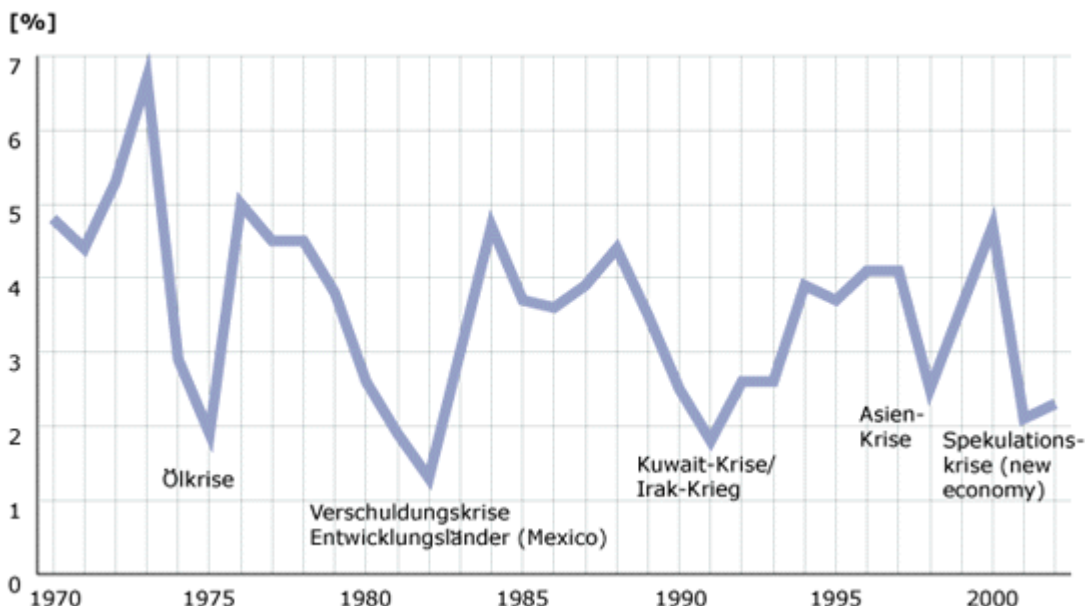
	1990	2000
Direktinvestitionen [Mrd. US\$]	202	1271
Mergers & Acquisitions [Mrd. US\$]	151	1144
Umsätze ausländischer Tochterfirmen [Mrd. US\$]	5.467	15.680
Beschäftigtenzahl [Millionen]	23.7	45.6

Das Netzwerk als Leitbild in der Unternehmensorganisation: Ein wichtiger Aspekt bei der jüngsten Fusionswelle ist der damit verbundene Wandel in den Unternehmensstrukturen. Der rasante technologische Fortschritt im Informations- und Kommunikationsbereich erhöhte die Bedeutung der "Headquarter Services" und das Ausnutzen von Skalenerträgen in diesem Bereich. Ein neues Leitbild in der Unternehmensorganisation bot sich an, das Leitbild des Netzwerkes. Transnationale Unternehmen, die am wachsenden Weltmarkt operierten, verringerten ihre vertikale Integration durch Auslagerung von Produktionsbereichen ("outsourcing"). Zugleich wurde die Marktposition im Bereich der eigenen Kernkompetenz durch horizontale Fusionen mit anderen Unternehmen aus der gleichen Branche ausgebaut. Die transnationalen Konzerne der 1990er Jahre sind bildlich gesprochen breiter und flacher als die internationalen Unternehmen der vorangegangenen Periode. Der Ausbau weltweiter Unternehmensnetzwerke wurde zu einem immer wichtigeren Motiv für grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse. Ein Indiz für diese Schwerpunktverlagerung in der organisatorischen Ausrichtung internationaler Konzerne ist der steigende Anteil der horizontalen grenzüberschreitenden Fusionen ab Mitte der 1990er Jahre.

5 GLOBALISIERUNGSTRENDS: DATEN UND FAKTEN

Der allgemeine Wachstumstrend der Weltwirtschaft ist auch nach 1973 ungebrochen. Nach 1981 fanden die Industrienationen des Westens im großen und ganzen wieder den Anschluss an die Prosperität der Phase vor dem Ölschock, wenngleich es keine Rekordwerte bei den makroökonomischen Indikatoren mehr gab. Das wiederholte Auftreten krisenhafter Erscheinungen führte dazu, dass von einer Rückkehr der "Business Cycles" gesprochen wurde. Diese Zeit wird im Gegensatz zur Ära des "Goldenen Zeitalters" von Wirtschaftshistorikern als Periode des unstillen Wachstums bezeichnet.

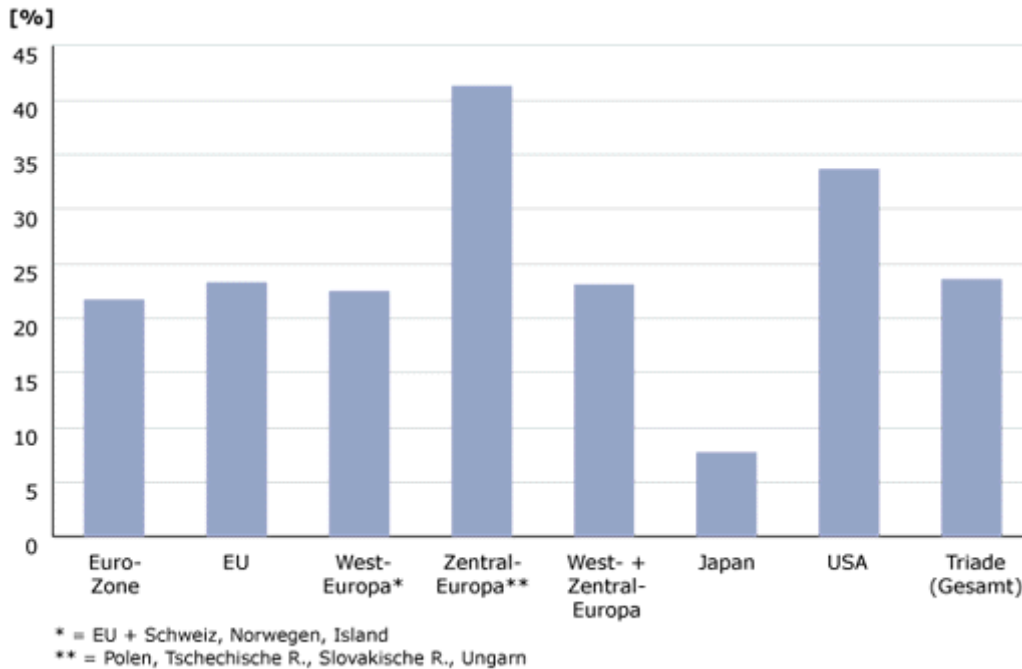
Wachstum der Weltwirtschaft: Reale Veränderung des Welt-BSP 1970-2001



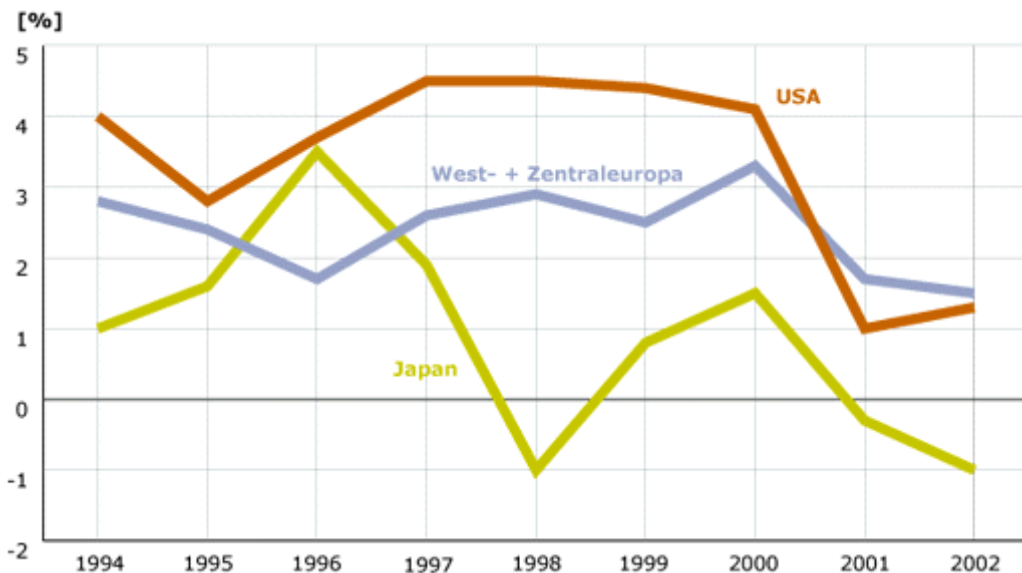
Der weltweite Aufschwung nach 1992 war durch einen weiteren Schub an Liberalisierungsmaßnahmen und der Einbindung der ehemaligen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas gekennzeichnet.

Das wirtschaftliche Wachstum in den 1990er Jahren war jedoch innerhalb der einzelnen regionalen Wirtschaftsräume unterschiedlich. Auch bei den führenden Industrienationen gab es ungleiche wirtschaftliche Ergebnisse.

Industrienationen (Triade): Wachstum BIP $\bar{\text{o}}$ 1993-2002



Triade: Wachstum BIP (real) 1994-2002



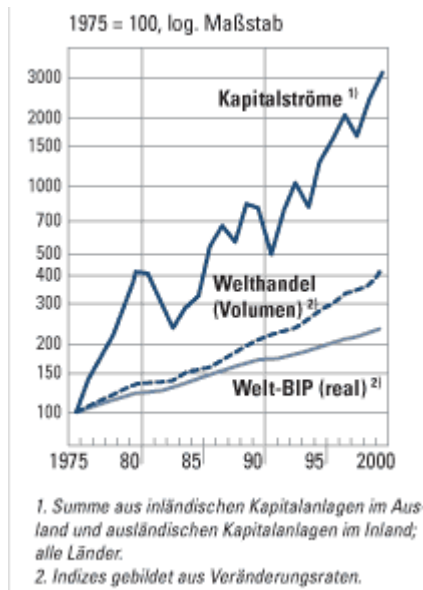
5.1 Die Globalisierung der Finanzmärkte

Funktionierende Finanzmärkte leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Sie unterstützen auf der einen Seite die Finanzierung von privaten und öffentlichen

Investitionen und auf der anderen Seite die langfristige Vermögensbildung von Individuen, Haushalten und Unternehmen. Überdies spielen sie eine wesentliche Rolle bei der Entwicklungsfinanzierung.

5.1.1 Dynamische Zunahme der internationalen Kapital- und Devisenströme

Die Entwicklung der Finanzmärkte ist seit der Liberalisierung Mitte der 1970er Jahre spektakulär und beispiellos. Dies wird deutlich, wenn diese mit der Entwicklung anderer ökonomischer Größen verglichen wird.



Der Umsatz der internationalen Kapitalströme hat sich von 1975 bis 2000 mehr als verdreißigfacht, während das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) in dieser Zeitspanne sich etwa verdoppelt und der Umfang des weltweiten Handels sich etwa vervierfacht hat. Die rasante Entwicklung der globalen Finanzmärkte wäre ohne die Öffnung der nationalen Finanzmärkte und ohne die modernen Informations- und Kommunikationstechniken nicht möglich gewesen. In den 1970er Jahren gingen die Industrieländer bei der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte voran. In den 1980er Jahren folgten die Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer, die sich in den 1970er Jahren zum Teil in hohem Maße gegenüber privaten Kreditgebern verschuldet hatten, waren nach der Erhöhung der Zinsen im Jahre 1979 durch die Belastung des Schuldendienstes nach und nach in eine Schuldenfalle geschlittert und von Krediten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank abhängig geworden. Entsprechend der Zielvorgaben des "Washington Consensus" wurde den kreditnehmenden Entwicklungsländern die Öffnung ihrer bis dahin weitgehend geschlossenen Wirtschaften abverlangt. Kapitalverkehrsbeschränkungen mussten ebenso abgebaut werden wie Handelshemmnisse auf Güter und Dienstleistungen. Nach 1989 wandelten sich auch die bis dahin gegenüber dem Weltmarkt weitgehend abgeschotteten Planwirtschaften Mittel- und Osteuropas zu offenen Marktwirtschaften. Mit Beginn der 1990er Jahre hatten also die globalen Finanzmärkte einen weiteren und entscheidenden Schub vollzogen.

5.1.2 Finanzinnovationen und globales Finanzsystem

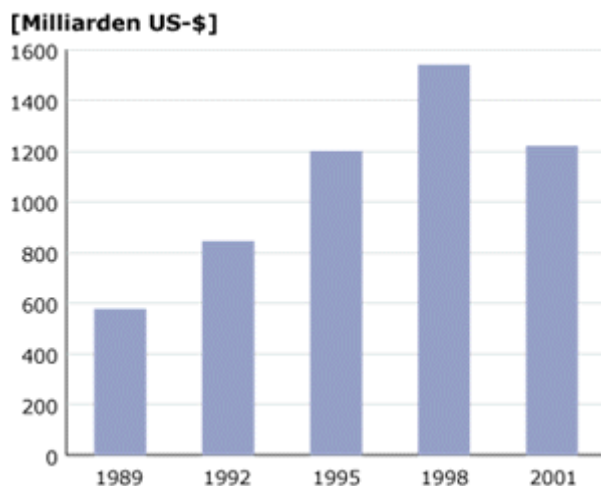
Es waren vor allem auch Finanzinnovationen, die das globale Finanzsystem seit Mitte der 1970er Jahre radikal verändert hatten. Wie technische Innovationen folgten auch Finanzinnovationen einer spezifischen Logik. Mit ihnen ist es möglich, Kapital mobiler und vielfältiger - hinsichtlich Fristen,

Währungen, Laufzeiten, Zinsen, Risiken usw. - auf den Märkten der Welt anzulegen. Durch diese innovativen Finanzinstrumente wurde die Globalisierung der Finanzmärkte extrem befördert. Die finanzielle Globalisierung ist daher nicht allein als eine ökonomische Tendenz, sondern auch als ein "politisches Projekt" zu sehen. Immer neue Finanzinnovationen wurden auf den Markt gebracht, darunter in erster Linie neue Derivate, insbesondere Optionen. Der Bestand an Derivaten nahm in den 1990er Jahren um mehr als das Zehnfache zu. Erleichtert wurden die Innovationen im Finanzsektor durch die massive Konzentration im Bankenbereich. Auf den Devisenmärkten hatte die Konzentration zu einem Rückgang der Zahl der Devisenhändler geführt. Immer weniger Banken stellten für eine breite Palette von Währungspaaren Ankaufs- und Verkaufskurse fest. Der rasch zunehmende elektronische Handel, der im Jahr 2000 bereits 95% des Interbankhandels ausgemacht hat, wird derzeit nur noch von zwei Maklern weltweit abgewickelt (Cognotec und Currenex).

Der Umfang des weltweiten Handels mit Waren und Dienstleistungen sowie der Direktinvestitionen machte mit knapp 8,9 Billionen US\$ im Jahr 2000 nur rund 3% des weltweiten jährlichen Devisenumsatzes von rund 300 Billionen US\$ aus. Daraus lässt sich nun nicht ableiten, dass über 95% des Devisenhandels Spekulationszwecken dienen, denn jedes Warengeschäft ist mit einer ganzen Reihe von Sicherungsgeschäften verbunden.

Beispiel: Ein europäischer Importeur kauft eine Maschine aus den USA, die in einem halben Jahr geliefert und dann in US\$ bezahlt werden soll. Um sich gegen Währungsschwankungen abzusichern, kauft der Importeur US\$ auf Termin, d.h. sie werden ihm in sechs Monaten zu einem heute festgelegten Preis zur Verfügung gestellt. Seine Bank möchte sich nun ihrerseits gegen eine mögliche Kursschwankung absichern und kauft wiederum US\$ auf Termin und so fort. Die offene Position des Terminkaufs von US\$ wird wie eine heiße Kartoffel von einem zum anderen weitergereicht. Experten sprechen deshalb oft vom "hot-potato trading". Diese Kette von Devisentransaktionen geht so lange, bis jemand sich bereit erklärt, in sechs Monaten US\$ gegen Euro zu verkaufen. Dies kann er aus zwei Gründen tun: Entweder weil er der Auffassung ist, der US\$ werde gegenüber den Euro in den nächsten sechs Monaten an Wert fallen, oder weil er einen anderen Vertrag hat, wonach er in sechs Monaten US\$ verkaufen und Euro kaufen muss. Im ersten Fall spekuliert der letzte der Kette, im zweiten betreibt er Risikoabsicherung. Es ist einem Devisengeschäft also nicht anzusehen, ob mit ihm auf Wechselkursveränderungen spekuliert wird oder ob es der Absicherung internationaler Geschäfte dient.

Volumen weltweiter Devisentransaktionen (Ø täglicher Devisenumsatz)



5.1.3 Institutionelle Anleger als globale Akteure

Versicherungskonzerne, Investment- und Pensionsfonds - so genannte Institutionelle Anleger - sind in den 1990er Jahren zu entscheidenden Akteuren auf den Finanzmärkten geworden. Sie verwalteten 1996 bereits ein Vermögen von 21 Billionen US\$. Auch ein großer Anteil des Aktienbesitzes ist von den Haushalten zu den Pensionsfonds übergegangen. Der Anteil der Aktien,

die von Pensions- und Investmentfonds gehalten wurden, stiegen von weniger als 1% im Jahre 1950 auf mehr als 45% im Jahre 1994. Die Anlagestrategien der Pensions- und Investmentfonds haben sich in den vergangenen Jahren stärker internationalisiert. Die Fonds waren an der "finanziellen Invasion" der lateinamerikanischen und asiatischen "Emerging Markets" führend beteiligt, und sie waren die ersten, die beim Anzeichen der Krise aus den Märkten geflohen waren. Beim Beinahezusammenbruch der Nummer 1 unter den weltweit operierenden Investmentfonds (Long-Term Capital Management, LTCM) im September 1998 ist offenbar geworden, dass spekulative Fonds die Stabilität des gesamten Finanzsystems unterminieren können und somit ein Systemrisiko darstellen.

Das schnelle Wachstum der internationalen Finanzmärkte in den 1980er und 1990er Jahren ist nicht auf besonders stark wachsende Finanzierungsbedürfnisse der Unternehmen zurückzuführen. Das eigentlich dynamische Moment der Finanzmärkte war der Handel mit Wertpapieren. Der Bestand von Anleihen nahm von 1990 bis 2000 weltweit um mehr als das Doppelte zu, der Anleihehandel dagegen um das Siebenfache. Das gleiche gilt für Aktien. Während die Marktkapitalisierung in den Jahren 1990 bis 2000 um mehr als das Dreifache zunahm, steigerte sich der Aktienhandel im gleichen Zeitraum um das Zehnfache. Es ist in dieser Zeitspanne eine zunehmende Kursorientierung der Anleger festzustellen. Nur so ist zu erklären, dass die Aktienmärkte eine derartige Dynamik aufwiesen, obwohl die Dividenden seit Anfang der achtziger Jahre in den meisten Märkten tendenziell gefallen sind.

Die Präferenz für den Handel mit Wertpapieren gegenüber dem klassischen Kreditgeschäft ist ein charakteristisches Anzeichen im Bankengeschäft der 1990er Jahre. Insbesondere global agierende Banken traten weniger als langfristige Geldgeber denn als Vermittler von jederzeit liquidierbaren Finanzmitteln auf. Sie bezogen ihre Gewinne nicht so sehr aus Zinsdifferenzen für Spareinlagen und Kreditausleihungen als aus Provisionen für Käufe und Verkäufe von Aktien oder Anleihen sowie für Beratungstätigkeiten. Die Interessenslage der Banken hatte demnach an der dynamischen Ausweitung der Finanzmärkte einen entsprechenden Anteil.

5.2 Waren- und Dienstleistungsmärkte

5.2.1 Entwicklung und Struktur der Waren- und Dienstleistungsmärkte

Die Volkswirtschaften sind heute wahrscheinlich wie nie zuvor vom Welthandel abhängig. Zwischen 1975 und 2000 nahm der Warenhandel real jährlich im Durchschnitt etwa um 13% zu und weitete sich damit mehr als doppelt so schnell aus als die Produktion, die in dieser Zeitspanne jährlich um etwa 6% anstieg. Diese Dynamik ist nicht auf den Warenhandel beschränkt. Auch der Dienstleistungshandel weitete sich stark aus. Er expandierte in den beiden letzten Jahrzehnten sogar etwas schneller als der Warenhandel.

Strukturwandel im Waren- und Dienstleistungshandel: Die Güterstruktur des Welthandels hat in den vergangenen Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel durchgemacht. Das dynamische Vordringen des Industriegüter- und Dienstleistungshandel ging mit einem entsprechenden Bedeutungsverlust des Handels mit Agrarprodukten von 47% (1950) auf nur noch 9% des Welthandels (2000) einher. Dennoch bleiben insbesondere einige Entwicklungsländer in hohem Maße vom Agrarexport abhängig. Das dynamische Element des Industriegüterhandels sind wertschöpfungs- und technologieintensive Produkte. Mit Entwicklungsländern tauschen die Industrieländer immer noch ihre technologisch anspruchsvolleren Industrieprodukte gegen arbeits- und rohstoffintensive Erzeugnisse. Einzelne Schwellenländer dringen jedoch bereits in typische Exportdomänen der Industrieländer vor (z.B. Elektrotechnik und Elektronik, Automobile) und treten verstärkt in den intra-industriellen Handel ein.

Zukunftsweisende Entwicklung bei wissensintensiven Dienstleistungen: Im internationalen Dienstleistungshandel hat sich ein weitreichender Wandel vollzogen. Der Anteil der ehemals

dominierenden Transportleistungen ist seit 1990 stark geschrumpft. Das Gewicht des Reisesektors hat bis 1990 kräftig zugenommen, stagniert jedoch seither auf dem hohen Niveau. Demgegenüber sind die "wissensintensiven Dienstleistungen" stetig und kräftig expandiert und bilden nunmehr mit Abstand den größten der drei Hauptdienstleistungssektoren. Dynamische Entwicklungsmuster sind vor allem bei international gehandelten Kommunikations-, Computer- und Informations-, Finanz- und Versicherungs-, persönlichen, kulturellen und Erholungsdienstleistungen sowie bei Lizenz- und Gebührenzahlungen (beispielsweise für die Nutzung von Software) festzustellen. Das Wachstumspotenzial im internationalen Dienstleistungssektor ist außerordentlich hoch einzuschätzen, zumal die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik dazu führt, dass immer mehr Dienstleistungen handelbar werden und der Abbau von Marktzugangshindernissen und Diskriminierungen ausländischer gegenüber inländischen Anbietern sowie zwischen ausländischen Anbietern aus verschiedenen Ländern gerade erst begonnen hat. Es gibt Bestrebungen im Rahmen des GATS möglichst alle Dienstleistungsbranchen zu liberalisieren.

Umfang und Struktur des Welthandels nach Gütern und Dienstleistungen (2001)

	Milliarden US\$	% des Welthandels
Welthandel	7621	100.0
Dienstleistungen	1435	18.8
Güter	6186	81.2
Agrarprodukte	558	7.3
Nahrungsmittel	442	6.0
Agrarische Rohstoffe	116	1.5
Mineralische Rohstoffe	813	10.7
Bergbau	62	0.8
Brennstoffe	631	8.3
NE-Metalle	120	1.6
Industrieprodukte	4630	60.8

5.2.2 Triadisierung, Regionalisierung und interregionaler Handel

Ein besonderes Kennzeichen der globalen Wirtschaftsentwicklung sind die Unterschiede im räumlichen Verflechtungsgrad und die regionalen Differenzierungen. Außenhandel wie Auslandsproduktion zeigen einen Trend zur Regionalisierung. Sie konzentrieren sich auf die Triade (EU, Nordamerika, Japan), wobei auch die Verflechtung mit den jeweils angrenzenden weniger hoch entwickelten Ländern intensiv ist: Nordamerika mit Lateinamerika, Westeuropa mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und Nordafrika, Japan mit Ost-Südost-Asien. Ein Merkmal der langfristigen Welthandelsentwicklung ist die zunehmende räumliche Verdichtung und Regionalisierung. Der intraregionale Warenaustausch lag in den 1950er Jahren bei 30%, 1980 bei 40% und macht heute fast die Hälfte des Welthandels aus. Westeuropa wickelt alleine mehr als zwei Drittel seiner Exporte intraregional ab. In den süd-, ost- und südostasiatischen Ländern ist es annähernd die Hälfte, in Nordamerika bereits 40%.

Ein beträchtlicher Teil des Welthandels wird heute von Ländern bestritten, die an formalen regionalen und interregionalen Zusammenschlüssen beteiligt sind. Mehr als ein Drittel des weltweiten Warenhandels wird innerhalb der vier größten regionalen Integrationsgemeinschaften - EU, NAFTA, ASEAN und MERCOSUR - und fast ein Viertel allein innerhalb der EU abgewickelt. Daneben existieren zahllose weitere regionale Integrationsgebilde. Die stärksten interregionalen Handelsbeziehungen bestehen zwischen Asien und Nordamerika. Der transpazifische Handel machte im Jahr 2000 11% des Weltexports aus, es folgten der euro-asiatische Handel mit 8% und der

transatlantische Handel zwischen Westeuropa und Nordamerika mit 7%. Neben der regionalen wird heute verstärkt eine interregionale Zusammenarbeit vereinbart oder angestrebt. Beispiele sind die Abkommen der EU mit Mexiko und den MERCOSUR-Staaten (in Verhandlung). Offen sind weiterhin die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und den USA sowie die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft APEC. Für die nächsten Jahre wird eine weitere Beschleunigung der Bildung regionaler und interregionaler Zusammenschlüsse erwartet.

Handelsverflechtung Triade und Anteil am Weltexport 1980+1998

